

Aarau, 11. Dezember 2024

Medienmitteilung zum Entscheid der Grossratskommission „Allgemeine Verwaltung AVW“ zur Initiative „Lohnungleichheit im Kanton Aargau – jetzt!“

Anno Domini 2024: Auch Grossratskommission gegen faire Initiative für mehr Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau

Vergangene Woche hat der Bund die neuesten Zahlen zu den Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern publiziert: 1'364 Franken pro Monat verdienen Frauen weniger als Männer in vergleichbaren Positionen. Nach dem Regierungsrat sieht auch die vorberatende grossrätliche Kommission für Allgemeine Verwaltung keinen Anlass, diesen mittlerweile fossil anmutenden Missstand ernst zu nehmen. Dabei zeigen die neuen Zahlen des BFS, dass die bisherigen Massnahmen gegen Lohnungleichheit nicht ausreichend greifen, weil sie halbherzig umgesetzt werden – die Rechnung zahlt die Bevölkerung – und insbesondere die Frauen.

Im Juni haben ArbeitAargau, Aargauer Frauenorganisationen sowie mehrere Parteien die Initiative [Lohnungleichheit im Kanton Aargau – jetzt!](#) mit 3'281 gültigen Unterschriften bei der Aargauer Staatskanzlei eingereicht. Der Regierungsrat kam in seiner Botschaft an den Grossen Rat zum Schluss, dass er «*zwar das Grundanliegen der Initiative, die verfassungsmässig garantierte Gleichstellung der Geschlechter zu gewährleisten*», teile. Diese sei «*noch nicht gegeben*.» Massnahmen – wie sie die Initiative vorsieht – will er aber nicht unterstützen. Auch eine Fachstelle für Gleichstellung brauche es nicht im viertgrössten Kanton der Schweiz – derweil haben sämtliche Nachbarkantone und schweizweit 17 Kantone eine solche Fachstelle. Die zuständige, vorberatende Grossratskommission kommt nun zum gleichen, enttäuschenden Schluss.

Geringer Aufwand – grosse Wirkung

ArbeitAargau nimmt konsterniert zur Kenntnis, dass sich die hohen [Lohnunterschiede](#) in den letzten Jahren nur unzureichend verringert haben und ist deshalb von der Triftigkeit seiner Initiative überzeugt. Die negativen sozialpolitischen Konsequenzen von Lohnungleichheit (Altersarmut, Fehlanreize für die Erwerbstätigkeit von Frauen etc.) im Kanton müssen endlich von der Politik angegangen werden. Das Gleichstellungsgesetz und die darin vorgesehenen Lohnanalysen werden nur halbherzig umgesetzt. Genau hier setzt die Initiative an. Lohnanalysen sind mit einem vom Bund zur Verfügung gestellten Tool ([Logib](#)) in 1 bis maximal 2 Arbeitstagen (bei 50-249 Mitarbeitenden) erledigt. **Wird die Analyse erfüllt, muss sie nicht mehr wiederholt werden**, wenn nicht, muss nach vier Jahren noch einmal nachgeprüft werden. Das ist alles. Im Gegenzug erhält das Unternehmen ein offizielles Gütesiegel: «In diesem Unternehmen herrscht faire Lohnungleichheit». Und für Frauen wird endlich auch in der Realität das längst überfällige Grundrecht auf Lohnungleichheit erfüllt.

Lohnungleichheit schadet Wirtschaft und Gesellschaft

Die bestehende Lohnungleichheit ist aus Sicht von ArbeitAargau nicht auf Willkür oder gar Absicht zurückzuführen, sondern auf fehlende Transparenz und auf fehlendes Bewusstsein. Beides wird mit Lohnanalysen gelöst. Eine erfüllte Lohnanalyse ist zudem ein Argument für das Unternehmen im Rekrutierungsprozess und im Wettbewerb um die besten Arbeitnehmenden in Zeiten des Fachkräftemangels. Es fördert das Vertrauen bei Mitarbeitenden, Kund:innen sowie bei Investor:innen.